

Mainzer Erklärung der CDU Deutschlands vom 7. Januar 2006

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat anlässlich seiner Klausursitzung am 6. und 7. Januar 2006 in Mainz folgenden Beschluss gefasst:

Unser Ziel: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.

1. Zur Arbeit der CDU in der Großen Koalition im Jahr 2006

Die CDU Deutschlands hat sich für das Jahr 2006 große Ziele gesetzt. Wir wollen den Menschen zeigen, dass sich der Wechsel zu einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung für sie lohnen wird. Bei allen anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen wollen wir als stärkste Partei hervorgehen.

Die Große Koalition hat einen erfolgreichen Start hinter sich. Die Menschen in Deutschland gehen mit sehr viel mehr Optimismus in das neue Jahr als in den Jahren zuvor. Erfolgreiche Weichenstellungen liegen bereits hinter uns. Die Tagung des Europäischen Rates wurde nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes der Bundesregierung erfolgreich genutzt, um die Krise in Europa zu überwinden und sich auf einen Finanzrahmen bis 2013 zu verständigen. Weitere wichtige Weichenstellungen stehen an. Die CDU wird sich bei den anstehenden Entscheidungen von den Interessen Deutschlands leiten lassen. Das, was unserem Land hilft, befördern wir. Das, was unserem Land schadet, lassen wir nicht zu.

Im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen der Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Politik für mehr Wachstum und die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Jede politische Entscheidung muss diese Ziele im Auge haben. Wir akzeptieren nicht, dass Millionen Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden und keine Arbeit finden. Wir arbeiten für mehr Wachstum, für mehr Arbeit, für neuen Wohlstand und neue Sicherheit. Wächst die Wirtschaft und kommen mehr Menschen in Arbeit, so verbessert sich auch die angespannte Lage der Finanz- und Sozialsysteme unseres Landes. Unser Ziel bleibt: In zehn Jahren soll sich Deutschland wieder unter den ersten drei Ländern in Europa befinden!

Wenn Deutschland als europäische Kulturnation in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, wollen wir in diesem Amt auch Vorbild für andere sein. Das heißt aber, dass Deutschland zuerst seine „Hausaufgaben“ erledigen muss. Es ist unser Ziel, die Staatsfinanzen im jetzt begonnenen Jahr so weit in Ordnung zu bringen, dass wir im darauf folgenden Jahr wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen können, der die Maastricht-Kriterien erfüllt. Lieber jetzt Belastungen schultern, als sie – wie in den zurückliegenden Jahren leider praktiziert - unseren Kindern und Kindeskindern als unzumutbares Erbe zu überlassen.

Die CDU bekennt sich zum Leitbild einer Gesellschaft der gerechten Lebenschancen. Eine Gesellschaft, in der Chancen ungleich verteilt sind, verliert ihren inneren Zusammenhalt und damit die Kraft, gemeinsam große Ziele zu erreichen. Unser Ziel lautet: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Diese Idee stärkt die wirtschaftlichen Fundamente wie den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Niemand bleibt zurück, aber alle werden sich anstrengen müssen. Noch ist dieses Ziel jedoch nicht zufrieden stellend eingelöst:

- Noch immer sind die Menschen in den neuen Ländern sehr viel schwerwiegender von struktureller Arbeitslosigkeit betroffen als die in den alten Bundesländern. Deshalb ist es gerecht und auch im Interesse der neuen Länder, dass wir uns in der Koalition auf ein Sofortprogramm für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung verständigt haben.
- Noch immer haben insbesondere ältere Arbeitnehmer und Geringqualifizierte kaum eine Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit zu finden. Deshalb ist es gerecht, dass die Große Koalition sich mit der Initiative „Perspektive 50 plus“ darauf verständigt hat, die Beschäftigungschancen der Generation ab 50 Jahren zu verbessern, und sich die CDU in der Großen Koalition für die Einführung von Kombi-Lohn-Modellen einsetzt.
- Noch immer verhindern Blockaden auf dem Arbeitsmarkt Chancen für mehr Arbeit und Wachstum. Deshalb ist es gerecht, dass die CDU sich weiterhin für mehr betriebliche Bündnisse zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Standorten in Deutschland einsetzt.

- Noch immer leisten Familien durch die Erziehung von Kindern einen überproportional großen Beitrag zum Generationenvertrag. Deshalb ist es gerecht, dass sich die CDU mit dem Koalitionspartner darauf verständigt hat, die Betreuungsangebote zu verbessern, ein Elterngeld einzuführen und die besonderen Chancen von Mehrgenerationenhäusern zu nutzen.
- Noch immer entscheidet die Herkunft eines Menschen erheblich über seine Bildungschancen und damit über seine späteren Aussichten am Arbeitsmarkt. Deshalb ist es gerecht, dass die CDU in einer Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ nach Wegen sucht, diesen Missstand zu beenden.
- Noch immer haben wir großen Reformbedarf im Gesundheitswesen, welcher in den Auswirkungen der Demographie, in dem medizinisch-technischem Fortschritt und der Belastung der Lohnzusatzkosten begründet ist. Deshalb ist es gerecht, dass die CDU an einem Gesundheitswesen der Zukunft arbeitet, das mehr Wettbewerb zulässt. Mehr Wettbewerb bedeutet mehr Vorteile für die Versicherten. Noch in diesem Jahr werden wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner zukunfts feste und familiengerechte Lösungen für das Gesundheitssystem erarbeiten.
- Noch immer existiert ein Kompetenzdickicht zwischen dem Bund und den Ländern. Deshalb ist es gerecht, dass sich die CDU in der Großen Koalition und in Abstimmung mit der FDP für eine Föderalismusreform einsetzt. Ziel muss die Entflechtung der Bund-Länder-Beziehungen sein, um den Wettbewerb um die besten Ideen und die Freiheit, auch eigene Wege zu gehen, zu ermöglichen.

Um neue Gerechtigkeit und neue Solidarität unter den veränderten Bedingungen von Globalisierung und Wissensgesellschaft leben zu können, braucht Deutschland mehr Freiheit. Mehr Freiheit, um Wachstumsbremsen in unserem Land zu lösen. Mehr Freiheit für die Menschen, die eigenen Chancen zu nutzen und Talente zu entfalten. Mehr Freiheit, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und Gemeinsinn zu stiften – ob in Familien, Betrieben, Vereinen, Stiftungen oder Schulen. Ohne Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine Freiheit.

Deutschland ist ein Land der Ideen. Um aber von unseren Ideen leben zu können, müssen wir sie auch in die Tat umsetzen. So ist Deutschland auch ein Land der Chancen. Deutschland ist für uns Heimat und Motivation.

Deutschland steht im Jahr 2006 aber auch als Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft im Focus der internationalen Aufmerksamkeit. Unser Land wird den Mannschaften und den Sportfans aus aller Welt ein offener und fröhlicher Gastgeber sein. Wir werden alles dafür tun, um den Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Wir wollen, dass die Spiele das sympathische Bild eines Landes im Herzen Europas vermitteln, das sich seiner vielen positiven Möglichkeiten bewusst ist und das gerne bereit ist, entsprechend seinen Möglichkeiten in der internationalen Völkergemeinschaft Verantwortung zu übernehmen.

2. Erneuerung des Grundsatzprogramms der CDU

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist es aber, diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammenfügen. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Parteiarbeit in den Jahren 2006 und 2007 wird deshalb die Weiterentwicklung des Grundsatzprogrammes der CDU aus dem Jahr 1994 sein.

Die CDU hat in der Zeit als Opposition im Deutschen Bundestag die Chance zur programmatischen Weiterentwicklung genutzt. Zahlreiche Beschlüsse von Parteitag, Bundesausschüssen und des Bundesvorstandes zeugen von einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der programmatischen Aussagen der CDU.

Die Arbeit am Grundsatzprogramm hat darüber hinaus auch die Aufgabe, neue Fragen aufzugreifen, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen. Dies gilt für die notwendige Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, die Frage nach dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, die Frage „Was ist sozial im 21. Jahrhundert?“, den Dialog der Kulturen und Religionen ebenso wie für den Dialog der Generationen zur Frage der demographischen Entwicklung und ihrer Folgen für das zukünftige Zusammenleben der Menschen in Deutschland.

Die CDU wird diese Zukunftsfragen in einem offenen Dialog diskutieren auf der Grundlage ihrer wertorientierten Grundüberzeugungen. Sie wird diese Gespräche nicht nur in den eigenen Reihen führen; sie lädt vielmehr alle gesellschaftlichen Gruppen zu einem gemeinsamen Nachdenken über Deutschlands Zukunft ein.

Die Grundsatzprogramm-Debatte muss in allen Gliederungen der CDU in breitem Umfang stattfinden. Das Leitbild der lebendigen Bürgerpartei mit einer aktiven und diskussionsfreudigen Mitgliedschaft wird im 21. Jahrhundert nur attraktiv sein, wenn es gelingt, unsere politische Arbeit mit modernen Methoden der Diskussion und der Kommunikation zu gestalten. Die Grundsatzprogramm-Debatte der CDU wird unserer Arbeit neue Impulse geben. Sie wird die CDU gerade auch für jüngere Menschen noch interessanter und attraktiver machen. Sie wird deutlich machen, dass sich unsere Politik von Werten ableitet.

Auftakt dieser Diskussion wird ein Bundesausschuss („Kleiner Parteitag“) am 20. Februar 2006 sein, dem eine erste „Wertekonferenz“ in Berlin folgt. Im April werden wir die Grundsatzprogrammkommission einsetzen. Im April und Mai 2006 berät die Führung der CDU mit Funktions- und Mandatsträgern, aber vor allem auch mit den Mitgliedern der Partei auf einer Serie von Regionalkonferenzen grundlegende Fragen unseres politischen Selbstverständnisses. Dieser Diskussionsprozess wird im Sommer 2006 mit einem Kongress zu den Grundwerten unserer Politik zu einem ersten Zwischenergebnis geführt und anschließend breit in die Partei getragen. Wir werden zudem den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Die Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms findet ihren Abschluss auf einem Parteitag Ende 2007, wo es in seiner erneuerten Fassung diskutiert und beschlossen wird.

3. Einrichtung der Kommission Bildungschancen und Erziehung

Die programmatische Weiterentwicklung der CDU Deutschlands setzen wir im Jahr 2006 unvermindert fort. Wir setzen eine Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ ein. Hintergrund sind verschiedene Missstände, auf die unsere Gesellschaft bis heute keine Antwort hat:

- Die Armutsberichte der vergangenen Jahre belegen, dass in der größten Volkswirtschaft Europas Kinderarmut ein entscheidendes Problem geworden ist. Gleichzeitig wissen wir spätestens seit den PISA-Studien, dass die soziale Herkunft von Kindern großen Einfluss auf ihre Bildungschancen in der Zukunft hat.
- Unter den Arbeitslosen haben mittlerweile fast 40 Prozent keinen Berufsabschluss. In Ostdeutschland ist jeder zweite ohne Berufsabschluss arbeitslos. Der Zugang zu Bildung bedeutet Zugang zum Arbeitsmarkt und damit soziale Sicherheit.
- Von berufstätigen Eltern wird ein nicht immer leistbarer Spagat erwartet. Auf der einen Seite sollen sie ihre Kinder auf immer weiter steigende Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten und auf der anderen Seite dauerhaft gute Leistungen im Beruf erbringen.
- Immer mehr Fälle von häuslicher Gewalt, Verwahrlosungen und Kindesmisshandlungen wurden in den vergangenen Jahren den Behörden gemeldet. Sie sind auch ein Hinweis darauf, dass einige Eltern mit der Verantwortung, Kinder zu erziehen überfordert sind.

Die Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ soll diese Themenfelder untersuchen und aus den erhobenen Befunden Vorschläge für ein chancengerechteres und kinderfreundlicheres Deutschland erarbeiten. Die Kommission ist neben der Weiterentwicklung unseres Grundsatzprogrammes der zweite programmatische Schwerpunkt des Jahres 2006. Die Kommission wird ihre Arbeit bis zum Herbst abschließen und einen Antrag an den Bundesparteitag der CDU im November erarbeiten.

4. Mit Zuversicht in die anstehenden Wahlentscheidungen

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt werden im März 2006 neue Landtage gewählt. Die CDU hat in allen drei Ländern gute Chancen, als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervorzugehen. Vergleicht man die politisch relevanten Kenndaten der Länder in Deutschland, dann wird deutlich: Dort, wo die Union über längere Zeit

regiert, geht es den Menschen besser. Dort, wo erst kürzlich ein Wechsel zu einer CDU-geführten Regierung erfolgt ist, geht es in die richtige Richtung.

- **Baden-Württemberg** ist das Land in Deutschland, das die geringste Arbeitslosenquote aufweist. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Landespolitik ein ausgesprochen innovationsfreudiges Klima geschaffen hat. Die Folge: Die Zahl der angemeldeten Patente (bezogen auf die Einwohnerzahl) ist absolute Spitze in Deutschland – sie liegt doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Auch beim Export und bei den Schulleistungen gehört das Land zur Spitzengruppe in Deutschland. Deshalb muss Günther Oettinger Ministerpräsident bleiben!
- **Rheinland-Pfalz** braucht einen Politikwechsel. Das Land lebt über seine Verhältnisse. Das Land hat mehr Schulden als der Durchschnitt der Länder. Deshalb muss von den Steuereinnahmen auch ein deutlich höherer Anteil für die Zinslast aufgewandt werden als bundesweit üblich; das Land lebt zu Lasten kommender Generationen. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen zeigen zudem: In Deutschland geht es aufwärts – der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz lahmt weiter. Damit muss Schluss sein. Rheinland-Pfalz braucht mehr Schwung. Deshalb muss Christoph Böhr Ministerpräsident werden!
- In **Sachsen-Anhalt** geht es seit dem Regierungswechsel zur CDU vor vier Jahren in vielen Bereichen sichtbar aufwärts. Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen ist erkennbar zurückgegangen. Im Rahmen der PISA-Studie ist Sachsen-Anhalt das Land mit dem größten Qualitätssprung nach oben. Sachsen-Anhalt ist auf dem richtigen Weg! Deshalb muss Wolfgang Böhmer Ministerpräsident bleiben!

Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Wir rufen deshalb die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt auf, ihre Stimmen der CDU zu geben. Jede Stimme für die CDU hat doppeltes Gewicht: Sie stärkt die CDU im Land und die CDU im Bund. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze und für eine gerechte Gestaltung der notwendigen Veränderungen!

Die CDU hat alle Chancen, wenn sie das bewährte Konzept der Klarheit und Verlässlichkeit beibehält. Die Wähler wissen: Die CDU sagt vor der Wahl, was sie tun wird und tut nach der Wahl auch tatsächlich das, was sie versprochen hat.

Die Union ist die stärkste politische Kraft in Deutschland. Die Menschen in Deutschland setzen auf die CDU. Wir werden alles daran setzen, dieses Vertrauenskapital zu erhalten und auszubauen. Deutschland ist das Land der Ideen und Chancen. Dafür steht die CDU.